

Bedeutung der Eisenbahn-Betriebsrätewahlen

Von Roman Chwalek

Nach einem für die Eisenbahner sehr bedeutungsvollen Jahr finden am 9. und 10. Mai die Betriebsrätewahlen im ganzen Reichsbahnbetrieb statt. Das letzte Jahr war für die Eisenbahner wie für die übrige Arbeiterschaft ein ereignisvolles bewegtes Jahr.

Angesichts des vorliegenden Betriebsrätewahlkampfes ist es notwendig, kurzen Rückblick und Ausblick zu halten. Im vorigen Jahr wurde die Betriebsrätewahl von der Gewerkschaftsbürokratie aller Richtungen mit lieben Versprechungen für die Eisenbahner durchgeführt. Die letzten Arbeiten des ausgelösten Reichstages waren die Verabschiedung der Younggesetze und damit die Annahme des Reichsbahngesetzes. Alle bis zu der letzten Betriebsrätewahl durchgeführten Maßnahmen gegen die Eisenbahner rechtfertigte die Gewerkschaftsbürokratie mit dem für die Eisenbahner sehr nachteiligen Eisenbahngesetz auf Grund des Darmoplans aus dem Jahre 1924. Die Verabschiedung des Youngplans und damit des neuen Eisenbahngesetzes sollte — so versprach es die Gewerkschaftsbürokratie — bessere Zustände für die Eisenbahner bringen. Der Reichstag wurde aufgelöst und sowohl die SPD, wie die Gewerkschaftsbürokratie trieben eine Schelkopposition gegen die Maßnahmen der Brünningregierung. Die vom Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft angekündigten Scharfmacherforderungen wurden von der Gewerkschaftsbürokratie mit sehr radikal klingenden Reden „dämpft“. Mit diesen Mitteln gelang es der Gewerkschaftsbürokratie, die Eisenbahner noch einmal zu belügen und betrügen.

Der diesjährige Betriebsrätewahlkampf findet in einer anderen Situation statt. Noch nie haben die Eisenbahner die veräderliche Rolle der Gewerkschaftsbürokratie so klar erkennen können wie heute. Das Elend der Kollegen ist unbeschreiblich. Der Reichsverkehrsminister Gericard musste selbst in der Sitzung des Haupthausschusses des Reichstages vom 28. Januar 1931 zugeben, daß alle den Youngplan sowie das neue Eisenbahngesetz befürwortenden Parteien den Eisenbahner zu grohe Illusionen gemacht hätten, und daß die Reichsbahn durch dieses Gesetz keine Entlastung, sondern eine weitere Belastung erfahren habe. Die Eisenbahner müssen dann zusehen, wie all die Forderungen durch die aktive Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie bestehen kann. Noch offensichtlicher ist die Gewerkschaftsbürokratie durch ihre Unterstützung der Scharfmacherforderungen des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn entlarvt worden. Gerade während des Wahlkampfes des vorigen Jahres sind die scharfmacherischen Forderungen des Verwaltungsrates bekanntgeworden. Die Eisenbahner müssen dann zusehen, wie all die Forderungen durch die aktive Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie durchgeführt werden. Der Verwaltungsrat forderte Lohn- und Gehaltsabbau und die Senkung der sozialen Ausgaben sowie eine fühlbare Personalsreduzierung. Das Gehalt der Eisenbahnbeamten wurde durch eine Notverordnung der Ausschaltung die sozialdemokratische Reichstagssitzung und mit ihr Scheffel, der Vorsitzende des Einheitsverbands, abgelehnt, durchgeführt. Der Lohn der Eisenbahnarbeiter wurde durch die Einführung von Feierabenden, und zwar je eine in der Woche und die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich bis zu 21% reduziert. Um weitere 6% ist der Lohn ab 1. April durch den Schiedspruch, den die Gewerkschaftsbürokratie einfach hinnehmen und als das „kleine Nebel“ bezeichnete, gefügt worden. Nach dem durchgeföhrten Lohnabbau vereinbarte die Gewerkschaftsbürokratie erneute Feierabenden für die gesamten Reichsbahnarbeiter.

Die geforderte Reduzierung des Personals ist ebenfalls durchgeführt worden, und zwar sind im Jahre 1930 rund 90 000 Eisenbahner auf Streichenliste geworfen worden. Die kapitalistische Nationalisierung ist mit vollster Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie und der reformistischen und christlichen Betriebsräte, was selbst die Reichsbahn in ihrem Geschäftsbericht lobend hervorhebt, durchgeführt worden. Das Ergebnis dieser Nationalisierung ist die Schließung von 12 Werkstätten, die Auflösung von annähernd 200 Bahnmeistereien im Reichsbahnbereich, wie die Auflösung einer beträchtlichen Anzahl von Rangierbahnhöfen.

All das hat den Eisenbahner zum Bewußtsein gebracht, daß sie kämpfen müssen. Die RGO-Bewegung ist in starkem Aufschwung. Mit einem ganz besonderen Interesse haben die Eisenbahner an dem Aus- und Aufbau einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland teilgenommen. Sie entstanden zum 5. RGO-Kongress einen Delegierten und nahmen in besonderen Reichs- wie Bezirkskonferenzen zu den Beschlüssen dieses für die deutsche Arbeiterschaft historischen Kongresses Stellung und billigten diese vollständig. In Aussichtnahme dieser Beschlüsse bauten sie die RGO im Reichsbahnbetrieb aus, schufen ein bei den Eisenbahner sehr beliebtes Kampforgan, den „Bollkampf“. Der ungeheure Erfolg der RGO, fast auf der nun über 250 Delegierten besuchten Reichskonferenz im Februar d. J. zum Ausdruck. Bereits in zwei Beiräten, in Oberhessen und im Saargebiet wurde ein Roter Eisenbahner-Bund gegründet. Die RGO war in diesem Jahre bereits in der Lage, eine größere Bewegung zu entfachen. Der von ihr organisierte Widerstand gegen die Einführung der Feierabenden dürfte allen Eisenbahner noch in Erinnerung sein. Bei dem im Monat März durchgeföhrten Lohnabbau hat die Eisenbahnverwaltung die Kraft der RGO, bereits zu spüren bekommen. Zum erstenmal hat eine starke Diskussion unter den Eisenbahner über die Frage der Auflösung des Streiks eingesetzt. Es kam bereits zur Bildung von vorbereitenden Kampfausschüssen.

Wenn es noch nicht zur Auslösung eines Kampfes gekommen ist, so liegt dies noch an Mängeln, die im Laufe der kommenden Diskussionen und Bewegungen überwunden werden.

Die Eisenbahnverwaltung und die Gewerkschaftsbürokratie sehen die heranziehende Gefahr und die Kraft der Eisenbahner unter der Führung der RGO. Das beweisen ganz deutlich ihre letzten Maßnahmen gegen die roten Betriebsräte in Oberhessen. Über der Bormarsch der RGO unter den Eisenbahner können sie damit nicht anhalten. Im Gegenteil! Diese Maßnahmen der Verwaltung gegen die RGO zeigen allen Eisenbahner viel deutlicher als Versammlungsreden und Flugblätter, daß nur die RGO willens und in der Lage ist, die Eisenbahner gegen die Maßnahmen der Verwaltung in den Kampf zu führen. Der Betriebsrätewahlkampf muß in verstärktem Maße für den Aus- und Aufbau der RGO im Reichsbahnbetrieb ausgenutzt werden. So geht hier nicht nur um die Erhöhung der für den Kampf

Eisenbahner, jetzt Volldampf für

Die rote Hauptbetriebsratsliste in Dorpmüllers Reich

Am 9. und 10. Mai wählt jeder Eisenbahner diese Liste!

Nachfolgend veröffentlichten wir die ersten 23 Kandidaten auf der von der RGO eingereichten Vorschlagsliste zum Hauptbetriebsrat bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Die Liste enthält 96 Kandidaten.

Kennwort: Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner.

Vorschlagliste

Als Betriebsratsmitglieder für den Hauptbetriebsrat bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft werden vorgeschlagen:

1. Siegel, Bruno, Klempner, Werkstatt Dresden.
2. Jendrosch, Friedrich, Güterbodenarbeiter, Betrieb Hindenburg O.-S.
3. Fischer, Fritz, Vorschlosser, Werkstatt Königsberg i. Pr.
4. Lucas, Kurt, Betriebsarbeiter, Betrieb Berlin-Westen
5. Chwalek, Roman, Schlosser, Werkstatt Oppeln
6. Stupp, Anton, Bahnunterhaltsarbeiter, Betrieb Duisburg
7. Frisch, Nikolaus, Schlosser, Betrieb Köln-Langelick
8. Flinsteter, Alfons, Schlosser, Betrieb München
9. Pielier, Johann, Arbeiter, Werkstatt Frankfurt a. M.
10. Hey, Hugo, Lackierer, Werkstatt Gotha
11. Hollaender, Jonny, Güterbodenarbeiter, Betrieb Hamburg
12. Schmidt, Karl, Bua, Betrieb Solingen
13. Koltermann, Albert, Werkhelfer, Werkstatt Stargard
14. Gnatowski, Anton, Bua, Betrieb Allenstein
15. Zäh, Ernst, Rangierarbeiter, Betrieb Basel
16. Becker, Wilhelm, Magazinarbeiter, Werkstatt Stettin
17. Daniel, Adolf, Vorputzer, Betrieb Breslau
18. Truzenberger, Eugen, Kesselschmied, Werkstatt Elbing
19. Berger, Otto, Schweißer, Werkstatt Halle
20. Hermann, Arthur, Schlosser, Betrieb Lindenthal
21. Plontek, Johanna, Schmied, Werkstatt Oppeln
22. Steinwedel, Alfred, Aushilfschaffner, Betrieb Gießen
23. Breka, Stanislaus, Vorzimmerer, Werkstatt Schlesien

Die RGO. und die roten Betriebsräte rufen auf:

Gegen das Gedingemordsystem und die Stoppuhren

Von einem Eisenbahner des RAW, Berlin-Tempelhof

Es darf für die Eisenbahner nicht gleichgültig sein, was für Betriebsräte in den Betriebsrätebürokraten der Reichsbahn sind. Die Werkstätten, die Betriebsdienststellen der Eisenbahn sind mit den heutigen Anschauungsbispiel, wie mit allen Mitteln rationalisiert, gespart, wie alle Mittel angewandt werden, um das erste aus der Belegschaft herauszuholen.

Einmal gibt es bei den Eisenbahner das Gedingewesen, w. d. h. Auffordröhne in Zeit ausgedrückt. Es wird also für ein Stück Arbeit der Preis in Stunden oder Minuten verhant. Das bedingt an und für sich schon, daß der Arbeiter nur verlust, schneller zu arbeiten, um sogenannte Gedingeüberstunden zu haben.

Dieses Gedingewesen wurde mit Zustimmung der Gewerkschaften eingeführt. Weiter hat man seit 1924 das Gedingewesen noch mehr ausgebaut durch die Vereinbarung zwischen Verwaltung und Gewerkschaften über Zeitaufnahmen mittels Stoppuhren. Das ist mit das Rassinierte, was es auf diesem Gebiet gibt. Schon die Tatsache, daß ein Dr. Ing. dieses besondere Dokument bei der Reichsbahn-Direktion Berlin leitet, welches gleichzeitig für ganz Deutschland diese Arbeiten erledigt, beweist, daß die Reichsbahn sich bewußt ist, daß man hier allerhand herauszuholen

und auch herausgeholt hat. Das wichtigste bei dieser Verarbeitung ist die Bestimmung über Mitteilung der Betriebsräte bei den Stoppuhraufnahmen.

Ja, die Verwaltung legt den größten Wert auf die Mitteilung der Betriebsräte bei den Zeitaufnahmen, um auch wirklich legal die „richtigen“ und „gerechten“ Stellzeiten festzustellen.

Die Verwaltung weiß ganz genau, daß durch diese sogenannte Mitwirkung der Arbeiterschaft bei Zeitaufnahmen die Arbeit von dem Kampf gegen den fortwährenden Gedingewesensabzug abgetrennt werden, weil sie der Meinung ist, daß es mit Zeitaufnahmen richtig zugegangen sei und der Preis eben der richtige sei. Und diese Meinung wird ihnen von den Gewerkschaften und ihren Betriebsräten noch eingeimpft und zugedröhnt und bewiesen durch angebliche Erfolge bei diesen Zeitaufnahmen.

Diese Methode der Erziehung der Arbeiter zur Vollstabilität zur Abhaltung vom offenen Kampf liegt ja auch ganz in Linie der Gewerkschaften, in der Linie des Wirtschaftskrieges, der Linie der Sicherstellung des Staates, der Sicherstellung Youngsgesetzes, bei denen ja die Reichsbahn wahrgenommen Gewicht hält.

Und hier begegnen sich die Wünsche und Absichten der Verwaltung mit denen der Gewerkschaften.

Und deshalb kann man jetzt auch beobachten, wie leicht und wie hand in Hand die Reichsbahnverwaltung und Gewerkschaften (speziell Einheitsverband) arbeiten, um Betriebsräte und Funktionäre der RGO, welche die Mitteilung bei Zeitaufnahmen ablehnen, zu maßregeln. Das KMB Opalden ist bestes Beispiel dafür, wie geschickt Verwaltung und Einheitsverband sich die Fälle zurechnen. Der in seiner Weisheit reaktionäre Hauptbetriebsrat machte der Hauptverwaltung den Vorwurf, dem Werk Opalden die Arbeit als Rattenfutter zu machen, weil dort die RGO die Mitwirkung ablehnte. Und er freudig griff die Verwaltung diesen Vorwurf auf und drückte mit der Entlassung von 350 Eisenbahner, so daß es den reaktionären Funktionären gelang, einen Reif zwischen Belegschaft und roter Betriebsräte zu treiben.

Dasselbe Beispiel in München, wo die Verwaltung einen roten Betriebsrat durch Gerichtshofshuk absehn ließ und gegen den Vorwenden die Klage vor dem Reichsgerichtsgericht läuft.

Auch im Werk Oppeln arbeiten jetzt die Einheitsverbandshändler mit der Verwaltung zusammen, um den roten Betriebsräte einen Pünktchenvergleich anzuzeigen und sie zu entfernen.

Im Werk Schönbach denunzierte man RGO-Betriebsräte bei der Verwaltung.

Verwaltung und Gewerkschaften wollen zwei Arbeiter mit einer Klappe schlagen, nämlich weiter ungezogen mit der Stoppuhr rationalisiert und gleichzeitig die unerwünschten RGO-Betriebsräte beseitigen. Die Eisenbahner ersehen hieraus, daß die RGO in ihrem Kampf auf dem richtigen Wege ist.

Die Kollegen Eisenbahner müssen diese Zusammenhänge erkennen, diese offenkundige Zusammenarbeit von Verwaltung und Gewerkschaftsbürokratie, um den Einfluß der RGO, der den Eisenbahner vorhanden ist, zu vernichten.

Sorgen die Eisenbahner dafür, daß diese Pläne aufgehoben werden, und zwar durch die Wahl roter Betriebsräte am 9. und 10. Mai.

der Wirtschaftsgebiete der Ortslohnstaffel und Ortsklasse, Reduzierung der Lohngruppen von 8 auf 3.

Gegen Bahnstuhlh, Teno und Werksporthalle.

Gegen das System der Leistungsauflagen, die Gedingeverschärfung sowie die Mitwirkung bei Stoppuhraufnahmen.

Gegen die Radikalisierung des Reichsbahnbetriebes sowie gegen den faschistischen und sozialfascistischen Terror.

Für die Widererziehung der abgedankten Arbeiter und Beamten.

Eisenbahnerkampf! In diesem Sinne, von an die Arbeit!

Dementsprechend: RGO-Rückmarsch, Berlin.